



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-32

Fernschreiber 039890

P/VIII/220 - 22.9.1953

Hinweise
auf den Inhalt:

Protestantische Reaktionen	S. 1
Vorschau auf den Labour-Kongress	S. 3
Der Sozialnationalismus des Herrn Ingrim <i>RAP</i>	S. 5

Bitteres Erwachen?

C.G. Inmitten des Siegesrauschs der Regierungspropaganda nach dem Ausgang der Bundestagswahlen drohen Stimmen der Mäßigkeit und Besonnenheit allzu leicht verloren zu gehen. Um so wichtiger ist es, sie nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, vor allem, wenn sie aus Kreisen kommen, die vor der Wahl bewusst und überlegt darauf ausgingen, eine günstige Stimmung für den Bundeskanzler und die CDU zu erzeugen.

Beispiele dafür liefern die bekannten protestantischen Wochenzeitungen "Christ und Welt" und "Sonntagsblatt". "Christ und Welt" hatte in der letzten Ausgabe vor den Wahlen - im Gegensatz zu den meisten anderen evangelischen Publikationen - ganz offen für die Politik der Koalitionsregierung Partei ergriffen. Nach der Wahl aber scheint die Redaktion von der Stimmung des Zauberlehrlings ergriffen worden zu sein, der die Geister scheut, die er selber rief. In mehreren Artikeln wird nun davor gewarnt, aus der Entscheidung der Wähler, die sie am 6. September getroffen haben, den Wunsch nach einer strikt "christlichen" Politik herauslesen zu wollen. "Man muss eindringlich vor gewissen Triumphgeräuschen warnen, die mit störender Lautstärke hier und da hörbar geworden sind und von einem "christlichen Siege" und einem daran unmittelbar anzuknüpfenden "Bahn frei für christliche Forderungen" reden. So nämlich ist es von Millionen von neuen CDU-Wählern sicherlich gerade nicht gemeint gewesen, und

so darf es auch nicht kommen, weder in der Personalpolitik noch in der Landes- und Kulturpolitik."

In einer Polemik gegen den "Katholischen Nachrichtendienst", der den Wahlausgang als einen Vertrauensbeweis für den "katholischen und europäischen Staatsmann Adenauer" und als einen klaren Auftrag, das öffentliche Leben nunmehr nach katholischen Staats-, Sozial- und Morallehren zu formen, gedeutet hatte, wird festgestellt: "Wer aus dem Wahlsieg der CDU mehr herausliest, als den Wunsch der Mehrzahl der Wähler, die Aussen- und Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik fortzusetzen, interpretiert hinein und nicht heraus, was allein eine statthafte Interpretation ist. Am 6. September hat weder das Christentum noch haben seine beiden Kirchen gemeinsam, noch haben seine Kirchen einzeln, noch hat eine seiner Kirchen besonders "gesiegt" - wir wünschen ihnen allen von ganzem Herzen glorreiche Siege, aber die müssen sie sich auf ihren Gebieten mit ihren Mitteln und im eigenen Kampf erst erringen!"

Auch das "Sonntagsblatt" fordert aus ganz ähnlichen Motiven heraus, dass in der Personalpolitik jede unzulässige Überbetonung konfessioneller Gesichtspunkte vermieden werde. "Die Personalpolitik der letzten Jahre ist davon nicht frei gewesen. Es kommt darauf an, dass auf jeden Posten der Mensch gestellt wird, der für seine Ausfüllung sachlich und persönlich geeignet ist."

Klare Worte dieser Art sind nur zu begrüßen, um so mehr, als von CDU-Seite immer wieder zu hören ist, gerade die evangelischen Gegenden der Bundesrepublik hätten sich in überwältigender Mehrheit für die "christliche" Politik der CDU ausgesprochen. Bedauerlich ist nur, dass man vor der Wahl nicht genau so deutlich den Primat der politischen Entscheidung herausgestellt hat und dem Monopolanspruch der CDU auf christliche Politik nicht entschieden genug entgegengetreten ist. Die Entschuldigung des "Das haben wir nicht gewollt" musste schon einmal in der deutschen Geschichte als Vorwand dafür dienen, um sich von den bitteren Konsequenzen einer Politik zu distanzieren, die man selber einst mit eingeleitet hatte. Es ist nur zu hoffen und zu wünschen, dass uns ein zweites Mal dieses peinliche Schauspiel erspart bleibt.

+ + +

Fünf-Jahres-Plan Labours

F.S., London

Die Beschlüsse des kürzlich beendeten Kongresses der britischen Gewerkschaften sind für den am 28. September in Margate beginnenden 52. Parteitag der Labour-Party von wegweisender Bedeutung. Die Trade Union sind der Arbeiterpartei angeschlossen, und wenn ihre Vertreter abstimmen, beeinflussen sie mit ihren Stimmen jede Entscheidung. Die Einzelmitgliedschaft innerhalb der Labour-Party ist während des letzten Jahres um 138 000 auf etwas über eine Million gestiegen, die Gewerkschaften und eine Anzahl angeschlossener Organisationen vertreten 6 Millionen Mitglieder. Obwohl sich während der letzten Wochen, in diesem Ausmasse zum ersten Male, Bedenken gegen diese "en-bloc-Abstimmungen" geltend machten, ist nicht daran zu denken, dass die nun schon traditionell gewordene Gewohnheit eine Veränderung erfährt.

Entsprechend der Stärke ihrer Mitgliedschaft sind die Gewerkschaften auch im Vorstand der Labour-Party vertreten. Sie stellen 12, die örtlichen Parteiorganisationen bestimmen 7, Konsumgenossenschaften und angeschlossene Verbände wählen gemeinsam einen Vertreter, zu denen fünf weibliche Vorstandsmitglieder hinzukommen, die von Partei und Gewerkschaften gemeinsam bestimmt werden.

Zur entscheidenden Debatte wird in Margate die Aussprache um den Fünf-Jahres-Plan "Challenge to Britain" werden. Der Parteivorstand hat ihn als Richtlinie für eine kommende Labour-Regierung aufgestellt. Sein Hauptziel ist die wirtschaftliche Unabhängigkeit Grossbritanniens. Die Politik der letzten Labour-Regierung findet in diesem Programm eine vorsichtige, elastisch gehaltene Erweiterung. Es gibt eine Mittellinie, auf der sich extreme Forderungen mit progressiven Vorschlägen vereinigen.

Es war vorauszusehen, dass die örtlichen Labour-Organisationen keinesfalls verzichten werden, dem Plan eine betontere, sozialistische Note zu geben; die rund 130 Anträge, die sich mit der Nationalisierung der Industrie und Landwirtschaft beschäftigen, lassen darauf schliessen, dass diese Aussprache, wie schon während des Gewerk-

schaftskongresses, zu scharfen Auseinandersetzungen führen wird. Auch hier wäre es jedoch falsch, von einem rechten oder linken Flügel zu sprechen. Der Plan wurde von allen Mitgliedern der Exekutive genehmigt. Und wenn er jetzt auch in den Blättern der Bevan-Gruppe kritisiert wird, so gibt die Stellungnahme der lokalen Organisationen noch keinen Anlaß, sie mit diesen Kritikern zu identifizieren. Auch in der Öffentlichkeit sind die Richtlinien oft missverstanden worden. Es spricht wohl kaum von einer einheitlichen Auffassung, wenn der konservative "Daily Express" von einem Sieg der linken Bevan-Richtung spricht, während ein anderes konservatives Blatt, "Daily Mail", glaubt, dass der "rechte über den linken Flügel die Oberhand gewann". Nachdem die Gewerkschaften für ihren "Zwischenbericht über öffentlichen Besitz" eine klare Mehrheitsentscheidung zugunsten des "Report" erhielten, ist es keine Frage, dass auch der Parteitag den Fünf-Jahres-Plan wenigstens in seinen Grundsätzen annehmen wird.

Auf dem Gewerkschaftskongress gab es keine wesentlichen Auseinandersetzungen um das aussenpolitische Programm. Und wenn auch auf diesem Gebiet einige von den 30 Anträgen der Parteiorganisationen, besonders wenn sie die Beziehungen Grossbritanniens mit den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang behandeln, wenig mit der politischen Wirklichkeit ^{gemeinsam} haben, so wird doch ein Antrag einstimmige Annahme finden: "Die schnelle Einberufung einer Vierer-Konferenz auf höchster Ebene". Die Exekutive der Labour-Party hat davon abgesehen, dem wirtschaftlichen Fünf-Jahres-Plan eine aussenpolitische Erklärung folgen zu lassen, da sich "gegenwärtig so wichtige Entscheidungen in der internationalen Situation" vollziehen, dass, wie Generalsekretär Morgan Philipps erklärte, eine generelle Stellungnahme nicht möglich sei.

Dieser Parteitag wird unter dem Zeichen sachlicher und für die britische Arbeiterbewegung bedeutsamer Auseinandersetzungen stehen. Aber Wunsch und Hoffnung ihrer Gegner, dass er eine Entfremdung oder Spaltung herbeiführen oder beschleunigen wird, finden auch nicht die geringste Bestätigung.

Üble Nachrede

--ss. Die Wahl zum zweiten Bundestag der Deutschen Bundesrepublik liegt nun mehr als zwei Wochen hinter uns; die üblen Methoden, mit denen diese Wahl von den Gegnern der Sozialdemokratie geführt wurde, werden jedoch auch jetzt noch angewendet. In der Zeitung "Kölnische Rundschau" vom 21. September 1953 schrieb Herr Robert Ingrim, einer der eifrigsten Soldschreiber der vergangenen und der kommenden Bonner Regierungskoalition, u.a. folgendes: "Die Sozialdemokratie ist im Nationalismus stecken geblieben, weil sich die Planwirtschaft nur im Nationalismus, im vollkommen souveränen Rahmen des einzelnen Staates verwirklichen lässt. Sie ist ihrer Natur nach auf nationale Selbstgenügsamkeit eingestellt, und jede Verflechtung mit dem Ausland stört das mühsame Programm der planenden Bürokratie."

Herr Robert Ingrim liess diesen Sätzen eine Entwicklungs- und Wesensbeschreibung des Nationalismus vorausgehen, die bezeugt, dass er von den säkularen und übersäkularen Bewegungen in der neuzeitlichen Geschichte auch nicht den leisesten Schimmer mitbekommen hat; nichts weiss er von dem Werden eines Volkes zur Nation, nichts weiss er von den sozialökonomischen Kräften, unter deren Wirkung das Nationalbewusstsein gewisser Gesellschaftsschichten zum Nationalismus wurde. Die von Ingrim für die Sozialdemokratie gebrauchte Bezeichnung "Sozialnationalismus" wäre als Umkehrung des Wortes "Nationalsozialismus" eine Perfidie, wenn sie nicht einer geradezu unglaublichen Unkenntnis der neueren und neuesten Geschichte entspränge. Zu verteidigen braucht sich die Sozialdemokratie gegen den Vorwurf des Nationalismus allerdings nicht, denn sie ist nicht nationalistisch, wenn sie berechnigte Interessen des deutschen Volkes im Ringen um eine internationale Zusammenarbeit wahrnimmt.

Die Nation war das Produkt der politischen, der Nationalismus war das Produkt der wirtschaftspolitischen Emanzipation des liberalen Bürgertums; im Nationalliberalismus wurde das Bürgertum, das einst freihändlerisch war, protektionistisch. Vom Protektionismus zum Autarkismus war es kein grosser Schritt. Die Sozialdemokratie hat aber beide stets abgelehnt, weil sie ihrer Idee nach auf Weltmarkt und Weltwirtschaft eingestellt war. Die Wirtschaftsplanung, die von der Sozialdemokratie erstrebt wird, hat nichts gemein mit jener selbstgenügsamen Planwirtschaft, zuderen Ahnenreihe der Protektionismus gehört und deren Schlusspunkt die Zentralverwaltungswirtschaft ist. Die von der Sozialdemokratie erstrebte Wirtschaftsplanung ist jedoch verwandt mit dem Planungsgedanken, der beispielsweise in der UNRRA, im Marshall-Plan, im Punkt-Vier-Programm Präsident Trumans, im New Deal Präsident Roosevelts, im britischen Colomboplan und im Europäischen Wirtschaftsrat wirksam war und wirksam ist. Die sozialdemokratische Wirtschaftsplanung setzt innenwie aussenwirtschaftlich den Markt voraus und ist von vornherein auf internationale Zusammenarbeit eingestellt.

Die Behauptung, die Sozialdemokratie sei nationalistisch, weil sich die Planwirtschaft nur im nationalstaatlichen, souverän beherrschten Raum verwirklichen lasse, kann in ihrer historischen, logischen und systematischen Unrichtigkeit nur einem vom Hass verwirrten Hirn entstammen. Von einer sauberen Publizistik ist sie durch Welten getrennt.